Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1910. Nr. 124. Jahrgang 203.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (illgl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Eing. Gr. Brauhausstr. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Dienstag, 15. März 1910.

Geschäftsstelle in Berlin: Berndurgerstraße 30. Telephon Amt VI Nr. 16 290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

* Der Entwurf zur Reichsversicherungsordnung, der bekanntlich am Montag dem Reichstag zugegangen ist, läßt es grundsätzlich dabei, daß Krankenkassen und Aerzte ihr gegenseitiges Verhältnis frei vereinbaren. Es werden aber besondere Schiedsinstanzen geschaffen, die beim Vertragsabschluß fördernd, vermittelnd und schlichtend einzusetzen haben. Diese Schiedsinstanzen sollen von den beteiligten Gruppen selbst frei gewählt werden und werden nicht, wie der frühere Entwurf vorsah, in Anlehnung an die Versicherungsämter und Oberversicherungsämter gebildet. Für jedes der beiden Systeme (der freien Arztwahl und der Kassenärzte) sieht der Entwurf besondere Ausschüsse vor, deren Wirkungskreis getrennt ist. Bei der Invalidenversicherung sieht der Entwurf, um den Wünschen des Mittelstandes entgegenzukommen, die Einführung einer sogen. freiwilligen Zusatzversicherung vor. Danach kann jeder Versicherungsberechtigte und jeder Versicherungspflichtige die ihm auf Grund des Gesetzes an sich zustehenden Leistungen dadurch erhöhen, daß er zu jeder Zeit und in beliebiger Zahl Zusatzmarken einer beliebigen Versicherungsanstalt in seine Quittungskarte einklebt.

Von besonderer Bedeutung ist weiter die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung. Sie erstreckt sich auf die Hinterbliebenen aller gegen Invalidität versicherten Personen und gewährt Witwen- in Ausnahmefällen auch Witwerrenten sowie Waisenrenten, Witwengeld und Waisenaussteuer. Voraussetzung für die Gewährung von Hinterbliebenenbezügen ist, daß der verstorbene Ernährer zur Zeit seines Todes eine Invalidenrente bezogen oder die Voraussetzung dafür in seiner Person erfüllt hatte. Nach dem Tode eines Versicherten erhalten die invaliden Witwen Witwenrente und die Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahre Waisenrente. Uneheliche Kinder sind beim Tode der versicherten Mutter, auch wenn der Vater noch lebt, zur Waisenrente berechtigt. Dagegen haben die ehelichen Kinder, deren Vater noch lebt, in der Regel keinen Anspruch auf Waisenbezüge.

Einmalige Kapitalzahlungen, Witwengeld und Waisenaussteuer sollen die Witwen und die Waisen aus solchen Ehen erhalten, in denen nicht nur der Ehemann, sondern auch die Ehefrau Beiträge zur Invalidenversicherung geleistet hat. Die festen Reichszuschüsse betragen für jede Witwen- und Witwerrente 50 Mk., für jede Waisenrente 25 Mk. jährlich. Die Renten sind so bemessen, daß in Lohnklasse IV (etwa 1000 Mk. Lohn jährlich) nach 1500 Beitragswochen betragen: die Invalidenrente 290 Mk. 40 Pfg., die Witwenrente 122 Mk. 40 Pfg., die Waisenrente für ein Kind 61 Mk. 20 Pfg.

* **Die Wahlrechtsvorlage.** Das Abgeordnetenhaus erledigte am Montag den Rest der Wahlrechtsvorlage in der Hauptsache nach den Kommissionsbeschlüssen. Es bleibt also bei der Wahl der Wahlmänner in geheimer und der Abgeordneten in öffentlicher Wahl. Außerdem wurde entgegen den Kommissionsbeschlüssen ein freikonservativer Antrag angenommen, wonach Abteilungen mit mehr als 500 Einwohnern in Abteilungsgruppen geteilt werden können, sowie ein Zentrumsantrag, wonach in Ortschaften mit nicht mehr als 3000 Einwohnern die Wahl entweder Terminwahl oder Fristwahl sein soll. Endlich soll nach einem freikonservativen Antrag, der angenommen wurde, der Minister des Innern anordnen können, daß in Wahlbezirken, in denen die Zahl der Wahlmänner 500 oder mehr beträgt, die Wahl der Abgeordneten in Gruppen der Wahlmänner vorgenommen werde. Mit diesen Abänderungsanträgen hat sich die Regierung einverstanden erklärt. (Vergl. auch den Parlamentsbericht.)

* **Aus den Reichslanden.** In der gestrigen Sitzung des Reichstages teilte der Reichskanzler mit, es sei ein Gesetzentwurf über die Weiterbildung der Verfassung des Reichslandes fertiggestellt. Nähere Mitteilungen könnten erst nach Zustimmung der verbündeten Regierungen zu dem Entwurf gemacht werden.

* **Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich von Preußen** sind am Montag in Kairo eingetroffen.

* **Das „Militärwochenblatt" meldet:** v. Pfuel, General der Kavallerie und Generalinspekteur des Militärerziehungs- und Bildungswesens, Stellvertreter des Präsidenten des Reichsmilitärgerichts, zur Disposition und gleichzeitig à la suite des Königs-Ulanen-Regiments (1. Hannov. Nr. 13) gestellt. von Haugwitz, Generalleutnant und Kommandeur der 9. Division, unter Beförderung zum General der Infanterie zu seinem Nachfolger in beiden Aemtern ernannt.

* **Aus Anlaß des Disziplinarverfahrens gegen fünf Lehrer in Bremen,** die das Telegramm an Bebel unterzeichnet hatten, wurden gestern (Montag) fünf sozialdemokratische Versammlungen abgehalten, nach deren Schluß an 10 000 Teilnehmer vor das Rathaus zogen und Hochrufe auf die Gemaßregelten ausbrachten. Das geringe Polizeiaufgebot griff nicht ein.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 14. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Moltke.

Die zweite Lesung der **Wahlrechtsvorlage** wird fortgesetzt.

§§ 12 und 13 behandelte die Auslegung der Wählerlisten. § 12 wird debattelos angenommen.

§§ 12 und 13 behandeln die Auslegung der Wählerlisten, nur in den Geschäftsräumen einer öffentlichen Behörde auszulegen. Der Antrag wurde abgelehnt. § 13 wird unverändert angenommen. Die Besprechung von §§ 14—17 wird verbunden.

Bei § 17 beantragen die Konservativen, in Orten mit nicht mehr als 5000 Einwohnern Terminswahl vorzuschreiben. Das Zentrum will in Ortschaften mit nicht mehr als 3000 Einwohnern Terminswahl oder Fristwahl zulassen. Ein freikonservativer Antrag endlich will bestimmen, daß der Oberpräsident auf Antrag Terminswahl vorschreiben kann.

Abg. **Frhr. v. Richthofen** (kons.): Wir legen entscheidenden Wert darauf, daß der Wahlmann Vertrauensmann seines engeren Bezirkes ist. Wir halten daher an den Beschlüssen zu § 16a fest, nach dem die Wahlmänner aus der Zahl der stimmberechtigten Wähler des Stimmbezirkes oder doch der Gemeinde gewählt werden. Würde das Haus, wie die Nationalliberalen wollten, über die Gemeinde hinausgehen, so würde für uns das ganze Gesetz unannehmbar. (Lebh. Hört! hört!)

Abg. **Dippel** (nl.): Die Kommissionsbeschlüsse bieten in der Auswahl der Wahlmänner zu wenig Bewegungsfreiheit.

Abg. **Frhr. v. Zedlitz** (fkons.): Die indirekte Wahl darf nicht innerlich aufgelöst werden. Läßt man statt des Stimmbezirkes oder der Gemeinde den ganzen Wahlkreis zu, so ist von einem Vertrauensmann nicht mehr die Rede. Höchstens könnte der nächst angrenzende Stimmbezirk in Betracht kommen.

Abg. **Ströbel** (Soz.): Man will unserer Partei auf dem Lande die Gewinnung von Wahlmännern unmöglich machen. Das ist der konservative Terror. (Heiterkeit.)

Abg. **Dr. Pachnicke** (fortschr. Vp.): Wir vermissen auch hier jedes Entgegenkommen der Konservativen.

Abg. **Herold** (Ztr.): Wir halten an den Kommissionsbeschlüssen fest.

Die Besprechung schließt. Die §§ 14 bis 16a werden unverändert angenommen.

Abg. **v. Gescher** (kons.): Unser Antrag zu § 17 will die Fristwahl da, wo sie sich bewährt hat, erhalten. Er übersieht aber nicht, daß sich in den kleineren Ortschaften auch die Terminswahl bewährt hat. Die Grenze von 5000 Einwohnern halten wir für angemessen. Das platte Land hat jedenfalls den dringenden Wunsch, die Terminswahl beizubehalten.

Abg. **Viereck** (fkons.): Wir halten es für das Beste, die Entscheidung dem Oberpräsidenten zu überlassen.

Abg. **Huff** (fortschr. Vp.): Wir wollen die Fristwahl in Stadt und Land. Sie allein liegt im Interesse der Wähler.

Abg. Dr. **Gottschalk** (natl.): Auch wir lehnen den konservativen Antrag ab.

Geheimrat **Falkenhayn:** Ich möchte Sie bitten, die Terminswahl im Sinne eines der drei Anträge zu beschließen. Die Entscheidung, welchem Antrage der Vorzug zu geben ist, überlasse ich dem Hause.

Abg. **Leinert** (Soz.): Der konservative Antrag will die Verewigung des konservativen Terrors. Er macht unabhängige Wahl unmöglich. Man muß sich schämen, daß das Wahlrecht hier mit solchen teuflischen Kniffen illusorisch gemacht wird. (Unruhe.)

Vizepräsident Dr. **Kause** ersucht den Gegner, sich zu mäßigen.

Abg. **Herold** (Ztr.): Jetzt, da wir geheime Wahl haben, ist von Beeinflussung keine Rede mehr. (Sehr richtig!) Es kann Gemeinden geben, wo die Terminswahl eine Erleichterung ist und den Wählern bei Stichwahlen einen doppelten weiten Weg erspart. Wir halten es aber nicht für zweckmäßig, die Terminswahl im Sinne des konservativen Antrages obligatorisch zu machen.

Vizepräsident Dr. **Krause** ruft den Abg. Leinert nachträglich zur Ordnung, weil er das Abgeordnetenhaus Irrenhaus genannt habe.

Die Besprechung schließt. § 17 wird mit dem Zentrumsantrag angenommen, ebenso einige weitere Paragraphen. Bei § 20 wird

Abg. **Leinert** (Soz.) abermals zur Ordnung gerufen, weil er der Kommission liederliche Arbeit vorwirft.

Abg. **Viereck** (fkons.) beantragt einen neuen § 20a, nach dem die Wahl der Abgeordneten in Gruppen der Wahlmänner, sowie in der Form der Fristwahl erfolgen kann.

Geheimrat **v. Falkenhayn:** Ich empfehle diesen Antrag, der nur das geltende Recht zum Ausdruck bringt.

Abg. **Fischbeck** (fortschr. Vp.): Wir stimmen dem Antrage zu.

Der Antrag Viereck wird angenommen. Bei § 21b (öffentliche Wahl der Abgeordneten) fordert ein Antrag der Freisinnigen geheime Wahl auch der Abgeordneten durch die Wahlmänner.

Abg. Dr. **v. Camp** (natl.): Wir stimmen dem Antrage zu, um die Geheimhaltung der Wahl noch weiter zu sichern.

Abg. **Kopsch** (fortschr. Vp.): Bei der Rechten hoffen wir nicht auf Verständnis. (Heiterkeit rechts.) Das Zentrum aber denke an Kattowitz.

Abg. **Giesberts** (Ztr.): Die Abgeordneten müssen öffentlich gewählt werden, damit die Wähler und Parteien die Abstimmung der Wahlmänner kontrollieren können.

Abg. **Ströbel** (Soz.): Wir wollen geheime Wahl in der Tat, nicht, wie das Zentrum, nur mit dem Wort.

Abg. **Malkewitz** (kons.). Meine Freunde werden auch hier bei den Kommissionsbeschlüssen stehen bleiben. Herr Kopsch meinte wieder einmal, der konservative Antrag zur öffentlichen Abstimmung sei kläglich gescheitert. Solche Märchen erzähle er doch draußen vor politischen Kindern. (Lebh. Zustimmung rechts.) Abg. Kopsch hat wieder behauptet, die Wahlmänner der Konservativen werden durch den Landrat aufgestellt. (Heiterkeit rechts.) Fehlt nur noch, daß er sagt: durch den Gendarmen. (Große Heiterkeit; Zuruf des Abg. Kopsch: Der hilft!) Wenn der Gendarm die Wahlen machte, wäre keiner von Ihnen (zu den Freis.) hier im Hause. (Große Heiterkeit.) Wenn die Herren in meinen Wahlkreis gingen, würden sie sehen, daß der Landrat wegen der Wahlmänner auch nicht einen Finger rührt. Abg. Kopsch sagte geringschätzig, die konservativen Wahlmänner seien ja vorwiegend Gemeindevorsteher, Steueraufseher und Förster. Glauben die Freisinnigen etwa, daß diese Männer nicht auch das Vertrauen ihrer Parteigenossen haben? (Lebh. Sehr wahr! rechts.)

Abg. **Kopsch:** Wenn es dem Landrat nicht möglich ist, so tritt der Kreissekretär ein. (Lachen.)

Abg. Dr. **v. Woyna** (freikons.): Ich bedauere die Haltung der Nationalliberalen, die doch bei uns in Hannover noch immer regierungsfähig sind. (Heiterkeit.) Aus der großen Mensur zwischen Bauernbund und Bund der Landwirte ist auf die Nationalliberalen eine Stimmung gekommen, die ich fast als Verzweiflung bezeichnen muß. Es handelt sich nicht um Parteien, sondern um Preußen. Gegenüber dem Ansturm der Sozialdemokraten müssen die bürgerlichen Parteien zusammenhalten. (Beifall.)

Der freisinnige Antrag wird abgelehnt.

Die noch übrigen Paragraphen werden ohne Erörterung angenommen.

Die Freisinnigen beantragen einen neuen Artikel, der die Beschaffung amtlicher Wahlurnen, Stimmzettel und Briefumschläge im einzelnen gesetzlich festlegen will.

Abg. Dr. **Pachnicke** (fortschr. Vp.): Wir wollen die geheime Wahl sichern. Nehmen Sie den Antrag an. Die Regierung wird schon zustimmen.

Abg. Frhr. **v. Richthofen** (kons.): Wir lehnen den Antrag ab. Die Regierung hat in der Kommission gebeten, erst mit den Einrichtungen im Reiche noch weitere Erfahrungen abzuwarten. Man irrt aber, wenn man das Wahlkostet als volkstümlich und beliebt hinstellt. (Beifall.)

Abg. **Liebknecht** (Soz.): Wer sich gegen den Antrag sträubt, zeigt, daß es ihm nicht ernst ist mit der geheimen Wahl. Das Zentrum ist behaftet mit dem Brandmal des Volksverrats. (Vizepräsident Dr. Porsch ruft den Redner zur Ordnung.) Die Wahlreform wird längst nicht mehr im Abgeordnetenhause gemacht, sondern außerhalb des Hauses. (Große Heiterkeit.)

Der freisinnige Antrag wird abgelehnt, aber eine Resolution gleichen Inhalts wird angenommen.

Die Resolutionen auf Neueinteilung der Wahlkreise werden bis nach der dritten Lesung der Vorlage zurückgestellt.

Mittwoch 11 Uhr: Kleine Vorlagen, dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Schluß 4 Uhr.

Ausland.

Dr. Lueges Beisetzung. Im Anschluß an unsere telegraphischen Meldungen in Nr. 123 der „Hall. Ztg." wird uns weiter aus Wien gedrahtet: Der Trauerzug bewegte sich über die Ringstraße und hielt vor dem Reichsratsgebäude, wo der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Pattai und Landmarschallstellvertreter Freiherr von Freudenthal Ansprachen hielten. Vom Reichsratsgebäude bewegte sich der Trauerzug über die Ringstraße und Kärtnerstraße zur Stephanskirche, wo er um 1 Uhr eintraf. Altäre, Säulen und Wände der Kirche waren mit schwarzem Tuch ausgeschlagen. Der Kaiser hatte auf der Evangelischen Platz genommen, hinter ihm die Erzherzöge, gegenüber die Vertreter der auswärtigen Souveräne, darunter Botschafter v. Tschirschky als Vertreter des deutschen Kaisers. Auf der Epistelseite nahm Kardinal Fürst-Erzbischof Gruscha und in Vertretung des Papstes Nuntius Granito de Bulmonto Platz. In den unteren Bänken saßen links die obersten Hofchargen, rechts die am Wiener Hof akkreditierten Botschafter und Gesandten, die gemeinsamen Minister, der Ministerpräsident an der Spitze, sämtliche Minister, der Präsident des Abgeordnetenhauses, die Landesmarschallstellvertreter, die Generalität und die Spitzen der Behörden. Die Erzherzoginnen wohnten der Zeremonie im Kaiseroratorium bei. Im unteren Presbyterium saßen die Schwester des Verstorbenen, die Bürgermeister und der gesamte Stadt- und Gemeinderat. Am Portal der Kirche nahm Erzbischof Dr. Nagl mit großer Assistenz die Einsegnung der Leiche vor. Dann wurde unter den Klängen von Alegris Miserero der Sarg, hinter dem der Kaiser schritt, in das große Presbyterium getragen, wo die zweite Einsegnung erfolgte. Nach dem Vortrag mehrerer Chöre begab sich der Kaiser zu seinem Wagen, während der Sarg wieder zu dem Leichenwagen getragen wurde. Sodann setzte sich der Zug nach dem Zentralfriedhof in Bewegung. Am Aspernplatz bestiegen die Trauergäste die bereitstehenden Wagen. Auf dem Zentralfriedhof, wo der Zug am Spätnachmittage eintraf, erfolgte die provisorische Beisetzung Luegers im Grabe seiner Mutter. Am offenen Grabe sprachen u. a. Vizebürgermeister Porzer im Namen des Gemeinderats, Minister a. D. Dr. Geßmann im Namen der christlich-sozialen Parteileitung. Unter den Klängen von Goethes „Wanderers Nachtlied" in der Komposition von Reisiger wurde der Sarg in die Tiefe gesenkt. Die Beteiligung der Bevölkerung am Leichenbegängnis war enorm, auch der Zugzug aus der Provinz war stark. Hunderttausende von Menschen füllten auf dem langen Wege, den der Zug nahm, die Straßen, während Militär, Sicherheitswache, Feuerwehr, städtische Angestellte, Veteranen und Deputationen Spalier bildeten. Auf dem ganzen Wege brannten die Lichter in den schwarzumflorten Kandelabern.

Die französische Zolltarifrevision. In der gestrigen Sitzung des französischen Senats, in der die Beratung der Zolltarifrevision fortgesetzt wurde, erklärte Darbot die Erhöhung der Zollsätze für ungerechtfertigt und forderte den wirtschaftlichen Zusammenschluß aller europäischen Staaten. Nachdem sodann die Generaldebatte geschlossen worden war, wurden die Artikel betreffend animalische und vegetabilische Stoffe bis Nr. 111 angenommen. Die vom Senat bewilligten Zollsätze stimmen fast sämtlich mit den von der Kammer genehmigten Sätzen überein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191003152-16/fragment/page=0001

Die Duez-Affäre. Die französische Deputiertenkammer setzte am Montag die Debatte über die Liquidationen fort. Minister Millerand erwiderte auf die Zwischenrufe, welche zwei Deputierte der Rechten in der Sitzung am Freitag gemacht hatten. Er erklärte, er habe für den Liquidator Duez in einem Prozeß plädiert, in welchem besonders schwierige Prinzipienfragen auf dem Spiele gestanden hätten, und weil er seiner Ansicht nach nicht das Recht gehabt habe, sich der Verteidigung eines Werkes des Ministeriums Waldeck zu entziehen, dem er selber angehört habe. Millerand erinnerte daran, daß er sich bereits gegen die Anschuldigung eines Senators der Rechten gerechtfertigt habe, für fiktive Prozesse 10 000 Franks erhalten zu haben. Diese Honorare stellten in Wirklichkeit die Kompensationen für eine jahrelange Arbeit für Ratschläge, Konsultationen und Plädoyers sowohl in Paris wie in der Provinz dar. Millerand erklärte zum Schluß unter dem Beifall der Linken, es gäbe in seinem ganzen Leben keine einzige Handlung, die er nicht laut bekennen könne. Hierauf erklärte Justizminister Barthou, daß die Wahl der Liquidatoren nicht von politischen Erwägungen geleitet worden sei. Die Regierung wolle nichts verbergen. Die Verantwortlichkeiten würden festgestellt und die notwendigen Bestimmungen getroffen werden. Die Regierung werde die Aufmerksamkeit der Gerichte auf gewisse Urteile lenken, welche infolge von Abmachungen zwischen den Liquidatoren und den Kongregationen vorgekommen seien. Barthou äußerte dann seinen Vorbehalt gegenüber den Dokumenten, deren sich Jaurès in der Angelegenheit der Grande Chartreuse bedient habe. Die Strafkammer in Grenoble habe die Vermutung zurückgewiesen, daß ein betrügerisches Einvernehmen bestanden habe zwischen dem Liquidator und dem Industriellen, dem der Zuschlag für die Marke Grande Chartreuse erteilt worden sei. Wenn die Rechtmäßigkeit von Strafverfügungen betreffend den Liquidator Lecouturier dargetan wäre, so würden diese Verfügungen erlassen werden. Was Duez anbetreffe, so habe die Regierung ihre volle Schuldigkeit getan. Die Staatsanwaltschaft und der Minister hätten die Notwendigkeit einer Verhaftung festgestellt. Barthou kündigte sodann die Reorganisation der Körperschaft der Liquidatoren, die einer scharfen Kontrolle unterstellt werden würde, an. Der Minister forderte zum Schluß alle Republikaner auf, die Regierung bei der Enthüllung aller Delikte zu unterstützen, um alle Schuldigen zu bestrafen.

König Ferdinands Besuch in Konstantinopel. Nach Versicherungen von maßgebenden Stellen ist der Besuch König Ferdinands in Konstantinopel für den 20. März festgesetzt.

Der Kronprinz von Griechenland. Kronprinz Konstantin von Griechenland ist von Rom nach Paris abgereist.

Der Dalai Lama in Kalkutta. Der Dalai Lama stattete am Montag dem Vizekönig einen Besuch ab, den dieser später erwiderte.

Marokko. Nachrichten aus Rabat bestätigen, daß der Kaid der Zaers den Heiligen Krieg predigt. Bei den Zemmurs ist bis jetzt alles ruhig; auch in der Umgegend von Rabat ist keine Unruhe bemerkbar.

---

25. Provinzial-Landtag.

(Schlußsitzung.)

Original-Bericht.

Merseburg, 14. März 1910.

Der Präsident, Graf v. Wartensleben-Rogäsen, eröffnet die Sitzung kurz nach 10 Uhr. Das Haus ist nur mäßig besetzt und füllt sich erst langsam. Das Protokoll führen heute die Abgg. Dr. Küster und Uehr. Der Landtag tritt sofort in die Tagesordnung ein.

Bericht der Haushaltskommission betr. die bei der Provinzial-Verwaltung in den Rechnungsjahren 1907 und 1908 vorgekommenen Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßigen Ausgaben, sowie die Verwaltungsüberschüsse dieser beiden Jahre. Berichterstatter Abg. Steckner. Redner begründet die Etatsüberschreitungen, die sich trotz der sorgfältigsten Sparsamkeit nicht hätten vermeiden lassen. Die Etatsüberschreitungen betragen für beide Jahre rund 177 600 Mark, die Ueberschüsse rund 553 000 Mark. Der Landtag nimmt Kenntnis von den Uebersichten der Verwaltungsüberschüsse und genehmigt die Etatsüberschreitungen.

Nachzahlung des erhöhten Wohnungsgeldzuschusses an die Provinzialbeamten für das Rechnungsjahr 1908. Berichterstatter Abg. Dr. Lentze. Auf Grund der Bestimmungen des Besoldungsgesetzes glaubt der Provinzial-Ausschuß, daß die Provinz verpflichtet sei, den erhöhten Wohnungsgeldzuschuß für 1908 nachzuzahlen. Die Kommission habe die Rechtsfragen eingehend geprüft und sei zu dem Resultat gekommen, daß inbezug auf die Bestimmung, den Wohnungsgeldzuschuß nach den jeweiligen Verhältnissen festzusetzen, ein Recht der Provinzial-Beamten nicht abgeleitet werden könne. Eine rechtliche Verpflichtung der Provinz bestehe auch insofern nicht, als der vorjährige Landtag sich in keiner Weise gebunden habe, die Nachzahlung ohne weiteres eintreten zu lassen. Die Kommission schlägt daher Ablehnung der Vorlage vor.

Landeshauptmann Freiherr v. Wilmowsky: Nach den Beratungen der Kommission sei es auch ihm zweifelhaft, daß die Vorlage angenommen werde. Im Interesse der Beamten der Provinzial-Verwaltung könne er das Resultat nur tief beklagen und spreche jetzt nur den Wunsch aus, daß der Provinz durch die Ablehnung der Vorlage mehrjährige Prozesse hoffentlich erspart bleiben würden.

Die Vorlage des Provinzial-Ausschusses auf Nachzahlung des Wohnungsgeldzuschusses für 1908 wird darauf mit großer Majorität abgelehnt.

Bau eines Provinzial-Museums. Berichterstatter Abg. Schmidt-Erfurt. Die Vorlage habe den Landtag schon mehrmals beschäftigt und sei hier eingehend erörtert worden. Der Berichterstatter gibt eine längere Begründung und verweist auf im Hause ausliegende Pläne. In der Kommission sei zur Sprache gekommen, ob nicht eine andere Lösung der Angelegenheit herbeigeführt werden könne. Man sei der Ansicht gewesen daß prähistorische Sammlungen nicht gern vom Publikum besichtigt werden. Um das Interesse des Publikums zu erhalten, sei nötig, diese Sammlung anderen Sammlungen anzugliedern bezw. mit solchen zu vereinigen, wodurch der Wert eines Museums erheblich steige. Aber unter Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse, die sogar eine Steuererhöhung erheischten, habe es die Kommission für nicht angebracht erachtet, erhebliche Mittel in den Etat einzustellen. Man sei übereingekommen, die Stadt Halle zu ersuchen, ein Provinzial-Museum aus eigenen Mitteln zu erbauen, in dem die der Provinz gehörenden Sammlungen aufbewahrt werden sollen. Die Vertreter der Stadt Halle könnten eine bedingte Zusage zu diesem Vorschlage nicht geben. In Betracht komme noch, daß der Provinz für den Neubau ein Betrag von 525 000 Mk. zur Last falle und ferner an jährlich laufenden Ausgaben rund 13 000 Mk. So sei denn die Kommission auf den Vorschlag gekommen, der Stadt Halle gegen Zahlung einer einmaligen Abfindung im Betrage von 500 000 Mk. die prähistorische Sammlung am 1. Juli 1913 zu übergeben mit der Verpflichtung, sie in einem neu zu erbauenden Museum aufzubewahren, zu verwalten und zu vervollständigen. Falls die Stadt Halle den Vorschlag ablehne, wolle die Kommission den Provinzial-Ausschuß ermächtigen, der Errichtung eines Provinzial-Museums nach dem ersten Vorschlage näherzutreten. Weiter führt der Berichterstatter aus, daß der Stadt Halle auch die Verpflichtung auferlegt werden solle, die nicht der prähistorischen Sammlung angehörenden Stücke zu übernehmen. Die näheren Details betr. Unterbringung der Sammlungen, Gruppierung usw. habe der Provinzial-Ausschuß selbständig zu regeln. Redner empfehle den Antrag der Kommission zur Annahme.

Abg. Fürst zu Stolberg-Wernigerode: In letzter Stunde wende ich mich nochmals an den Landtag, um für die trefflichen Sammlungen ein Wort einzulegen. Es sei schon nicht richtig gewesen, die Vorlage nach der ersten Beratung der Haushaltskommission zu überweisen. Es sei Pflicht der Provinz, die auf kulturhistorischem Gebiete doch so hoch dastehe, ein eigenes Museum zu erbauen. Der Redner verbreitet sich über die gehegten Befürchtungen betr. die Vereinigung der Sammlungen. Wenn gesagt werde, die Betriebskosten seien zu hoch, so würden sie nach sachverständigem Urteil nur 18 000 Mk. betragen, und dies werde sich wohl die Provinz noch leisten können. Für ein Provinzialmuseum sprächen aber nicht nur ideale Gründe, sondern auch reale. Die der Provinz zur Verfügung stehende Sammlung umfasse 25 000 Stücke. Seit 1822 werde an der Vervollständigung der Sammlung gearbeitet und sie habe sich im Laufe der Zeit zu einer Zentralstelle der prähistorischen Wissenschaft herausgebildet. Alle diese Gründe sprächen für die Errichtung eines eigenen Museums. Redner stellt den Antrag: Die Provinzial-Ausschuß-Vorlage wiederherzustellen. Er schließt mit den Worten: Erhalten Sie unsere schönen Sammlungen, bauen Sie diesen ein würdiges Haus zum Ruhm und zur Zierde unserer Heimatforschung. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Graf Hue de Grais spricht namens der Haushaltskommission. Nur finanzielle Gründe seien maßgebend für die Ablehnung der Provinzial-Ausschuß-Vorlage gewesen. Die hohen Ausgaben ließen sich nicht rechtfertigen mit dem Werte eines Provinzial-Museums. Dagegen spreche ferner, daß verschiedene Städte der Provinz schon gute und reichhaltige eigene Museen besäßen, so daß der Kreis des Provinzial-Museums nur ein beschränkter sein könne. Hinzu kämen die unberechenbaren Ausgaben für die Unterhaltung des Gebäudes und der Vervollständigung der Sammlungen. Redner glaubt, die Vereinbarung, die im Kommissionsantrage niedergelegt sei, werde beide Teile befriedigen. Die Stadt Halle bekomme die ansehnliche Summe von 500 000 Mk., am Wert der Sammlungen ca. 200 000 Mk., zusammen also 700 000 Mk., wofür sie ein schönes Museum bauen könne. Die Provinz spare 245 000 Mk.

Landeshauptmann Freiherr v. Wilmowsky empfiehlt die Vorlage des Provinzial-Ausschusses. Durch die Ablehnung des Antrages würde der Wissenschaft eine große Lücke entstehen, da der Leiter der Provinzial-Sammlungen zugleich ein Sachverständiger für die Prähistorik der Provinz sei. Die Stelle würde, wenn die Stadt Halle das Museum übernehme, fallen. Wenn die Vorlage der Kommission angenommen werde, müßte der Provinzial-Ausschuß mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet werden. Es seien dies u. a. folgende: Die Provinz würde sich das Eigentumsrecht an den Sammlungen vorbehalten, evtl. auch das Rückforderungsrecht, ferner, die Sammlungen dürften nicht getrennt und müßten fortwährend vervollständigt werden, ein Bericht müßte jährlich an den Provinzial-Ausschuß erstattet werden. (Unruhe bei den Halleschen Vertretern.) Was die finanzielle Seite betreffe, so sei vor den Unterhaltungskosten gewarnt worden. Diese betrügen nach eingehender Prüfung 18 000 Mark. Die Kommission beantragt, der Stadt Halle 500 000 Mk. zu geben. Das sei doch im Verhältnis viel zu hoch; da könnte die Provinz auch selbst bauen. Schon den vielen Geschenkgebern gegenüber sei man verpflichtet, ein eigenes Museum zu besitzen.

Abg. Frantz: Dem Vorschlage der Kommission kann ich nicht zustimmen. Er sei einer so reichen und schönen Provinz nicht würdig. (Zurufe: Oho!) Wir sollten nicht niederreißen, sondern aufbauen. Was sollten die Geschenkgeber sagen, wenn sie hörten, die Provinz habe ihre Sammlungen einfach verschenkt, sie habe sich ihrer entledigt. Hier sei Gelegenheit, die Einigkeit zu betätigen. Stimmen Sie daher der Vorlage des Provinzial-Ausschusses zu.

Abg. v. Hassel: Auch im Interesse der Forschung und der Wissenschaft sei es überaus wichtig, einen Zentralpunkt in der Provinz zu haben. Das könne nur ein Provinzial-Museum sein. Für den Fall der Annahme des Kommissionsantrages beantrage ich folgenden Zusatz: Die Provinz behält sich das Eigentumsrecht vor, der Direktor wird angewiesen, der Forschung in der Provinz zu dienen, und das Museum erhält den Namen: „Sächsisches prähistorisches Provinzial-Museum".

Abg. Dr. Lentze: Ich bin für die Vorlage auf Errichtung eines Provinzial-Museums, da der Provinzial-Ausschuß die Wünsche des vorjährigen Landtags berücksichtigt hat und bin daher auch in der Kommission dafür eingetreten. Bei der Besichtigung der Sammlungen war ich erstaunt, in Halle eine derartige Fülle von seltenen und interessanten Gegenständen vorzufinden. Hier müsse etwas getan werden. Die Provinz habe die Pflicht, ein Museum zu bauen. Redner bittet, dem Antrage des Provinzial-Ausschusses zuzustimmen.

Abg. Frantz will die Vorlage des Provinzial-Ausschusses wiederhergestellt sehen und empfiehlt deren Annahme.

Abg. Dr. Contag ist für den Kommissionsantrag. Das dem Museum bisher bewiesene Interesse seitens des Publikums spreche nicht dafür, daß die Provinz sich solch große Ausgaben mache.

Abg. Dr. Schmidt begründet nochmals in seinem Schlußwort den Kommissionsantrag und geht in der Hauptsache auf die vorgebrachten Momente der Debatteredner ein.

Der Präsident verliest die eingegangenen Zusatz- und Abänderungsanträge.

Darauf wird die

Abstimmung

vorgenommen.

Die Abänderungsanträge des Abg. Hassel werden angenommen.

Darauf wird über den Antrag des Abg. Fürsten v. Stolberg-Wernigerode abgestimmt. Die Vorlage des Provinzial-Ausschusses wird mit geringer Majorität wiederhergestellt, also der Landtag stimmt der Errichtung eines Provinzial-Museums in Halle zu. Die Vertreter der Städte Halle, Erfurt, Nordhausen usw. stimmten dagegen. Die Majorität für den Antrag des Abg. Fürsten zu Stolberg-Wernigerode war nur gering.

Nach dem Antrage des Provinzial-Ausschusses will das Provinzial-Museum in Halle den Raum gewähren für eine sachgemäße Aufstellung der vorhandenen Bestände und für eine normale Weiterentwickelung der vorgeschichtlichen und frühgeschichtlichen Sammlungen. Außerdem werden Räume für die historische Kommission, für den Thüringisch-Sächsischen Geschichts- und Altertumsverein, für einen Vortragssaal, für Werkstätten, Verwaltungsräume und eine Kastellanswohnung vorgesehen. Bei der Bemessung und Anordnung der Räume und bei der äußeren Ausgestaltung wird das Bestreben obwalten, die Baulichkeiten so anzulegen, daß sie nach der voraussichtlichen Weiterentwickelung der prähistorischen Forschung durch eine planmäßige Ausgrabungstätigkeit den Bedürfnissen längerer Jahre genügen können.

Die Veranschlagung der Kosten für den Bau, wie ihn der nach den dargelegten Gesichtspunkten aufgestellte Entwurf zeigt, kommt zu einer Schlußsumme von rund 450 000 Mk. Dazu würden noch die Kosten der inneren Einrichtung, der Ausstellungsbehältnisse und der Möbel sowie der Anordnung der Sammlungen treten, wofür nach den Berechnungen des Museumsdirektors ein Gesamtbetrag von 75 000 Mk. ausreichend sein wird. Zur Deckung dieser insgesamt rund 525 000 Mk. betragenden Kosten hat der Landtag beschlossen, in erster Linie ein in Höhe von 300 000 Mk. vorhandenes Kapital zu verwenden und wegen des weiter erforderlichen Restes von 225 000 Mk. die Einstellung in das Extraordinarium des Haushaltsplanes.

Einen Teil des vor zwei Jahren unentgeltlich angebotenen Bauplatzes hat sich die Stadtgemeinde Halle vertraglich gebunden, auch weiter der Provinz zur Verfügung zu halten. Der unter Beschränkung der Zweckbestimmung geplante Bau beansprucht kein so großes Areal, wie es damals der Provinz überwiesen werden sollte. Mit der Stadt Halle ist ein Vertrag geschlossen worden, wonach die Baustelle unentgeltlich und frei von Straßenausbaukosten dem Provinzial-Verbande unter der Auflage übereignet wird, und daß das Museumsgebäude binnen drei Jahren darauf errichtet wird.

Haushaltsplan für 1910 und 1911. Berichterstatter Abg. Bansi. Die einzelnen Positionen werden kurz begründet. Vorgeschlagen wird, den Tarif für die Reisekostenvergütung der Provinzial-Beamten dem neuen preußischen Reisekostengesetz anzupassen. Der Landtag stimmt zu.

Abg. v. Helldorff bemängelt die Unrichtigkeiten der Berichterstattung und Darstellung in dem von der historischen Kommission herausgegebenen Buche „Historische Baudenkmäler der Provinz Sachsen". Das Werk sei scheinbar mit einer gewissen Fixigkeit hergestellt worden. Redner bringt verschiedene Wünsche vor.

Landeshauptmann Frhr. v. Wilmowsky: Die historische Kommission sei eine selbständige Behörde. Die Wünsche des Abg. v. Helldorff würden in einem Nachtrag berücksichtigt werden.

Der Berichterstatter begründet weiter den Haushaltsplan.

Die Ausgabe für die Erweiterung der Erziehungsanstalt in Lauchstedt (20 000 Mk.) wird gestrichen, da die Provinzial-Verwaltung die kleinen Erziehungsanstalten eingehen lassen will.

Die direkten Schulden der Provinz betragen rund 10 600 000 Mark.

Abg. Steckner referiert über die Einnahmen des Haushaltsplanes. Die einzelnen Kapitel werden ohne Besprechung genehmigt.

Der Erhöhung der Provinzial-Steuern von 10½ auf 12 Prozent stimmt der Landtag einmütig zu.

Ueber die Petition der Militäranwärter auf Anrechnung eines Teils der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter der Beamten geht der Landtag zur Tagesordnung über.

Darauf wird der Haushaltsplan der Provinz Sachsen, der in Einnahme und Ausgabe mit 11 173 000 Mk. balanziert — gegen das Vorjahr 2 090 000 Mk. mehr —, nach dem Vorschlage des Provinzial-Ausschusses genehmigt.

Errichtung einer Ruhegehaltskasse der Kommunalverbände der Provinz Sachsen. Berichterstatter Abg. Schaumburg.

In den letzten Jahren sind die Kommunalverbände der Provinz wiederholt an die Provinzial-Verwaltung mit der Anregung herangetreten, eine Ruhegehaltskasse für Kreise und städtische Kommunalverbände zu gründen. In erster Linie ging diese Anregung von dem Städteverbande Sachsen-Anhalt aus, dem die meisten kleineren Städte der Provinz angehören. Eine Umfrage, die der Städteverband bei den Kommunalverbänden der Provinz gehalten hat, hat ergeben, daß 13 Kreisverbände, 121 Stadtgemeinden, ein Amtsverband und 2 Landgemeinden sich, allerdings vielfach unter gewissen Vorbehalten, bereit erklärt haben, einer solchen Ruhegehaltskasse beizutreten. Die Gesamtsumme der von ihnen vorläufig für die Beteiligung angemeldeten Dienstbezüge beläuft sich auf rund 2½ Millionen Mark, so daß die Lebensfähigkeit der Kasse wohl außer Frage stehen würde. Es empfiehlt sich, der Anregung Folge zu geben. Der wesentlichste Nutzen der Kasse wird darin bestehen, daß sie die unerwünschten Schwankungen beseitigt oder mildert, die durch die Aufbringung der Ruhegehälter in dem Haushalte besonders der kleineren Verbände leicht eintreten können, ein Vorteil, der um so größer ist, je gleichmäßiger der Beitragssatz der Kasse wird festgesetzt werden können. Außerdem wird sie den Verbänden auch bei der Anstellung und der Zurruhversetzung ihrer Beamten in erwünschter Weise zu Hilfe kommen; bei der Anstellung, indem sie den Verbänden es leichter ermöglicht, ältere erfahrene Beamte aus anderen Verwaltungen zu gewinnen, da eine weitgehende Anrechnung auswärtiger Dienstzeiten in dem Reglementsentwurf vorgesehen ist; bei der Zurruhversetzung, indem sie den Verbänden den Entschluß, nicht mehr dienstfähige Beamte zu pensionieren, erleichtern wird. Auch den Beamten wird die Kasse von Nutzen sein, da sie die Verbände geneigter machen wird, ihnen die Ruhegehaltsberechtigung zu verleihen, und ihnen, wie erwähnt, die Anrechnung auswärtiger Dienstzeiten mehr als bisher sichert.

Der vorgelegte Reglementsentwurf für die Kasse schließt sich, so weit möglich, an das Reglement für die Witwen- und Waisenversorgungsanstalt der Provinz an und berücksichtigt im übrigen auch die Satzungen, welche sich bereits für die Ruhegehaltskassen einzelner anderer Provinzen bewährt haben.

Die Kommission empfiehlt, dem Antrage des Provinzial-Ausschusses zuzustimmen und zwar: Der Provinzial-Landtag wolle beschließen, daß der Provinzial-Verband eine Ruhegehaltskasse der Kommunalverbände der Provinz Sachsen einrichtet und dem Reglementsentwurfe für die zu gründende Kasse seine Zustimmung erteilt.

Der Landtag beschließt demgemäß.

Der Berichterstatter bittet, die Ruhegehaltskasse im Interesse der Gemeinden möglichst bald einzurichten, was der Landeshauptmann zusagt.

Entwurf zu einem neuen Tarife der von den preußischen Armenverbänden zu erstattenden Armenpflegekosten. Berichterstatter Abg. Dr. Contag. Die Neuerungen des Entwurfes sind folgende: Die Servisklasseneinteilung wird beseitigt. Die Kosten werden einheitlich für jeden Ort der Monarchie bei Personen im Alter von 14 und mehr Jahren auf 30 Pfg. für den Verpflegungstag, anstatt bisher 60 und 80 Pfg., festgesetzt. Für Personen unter 14 Jahren werden 60 Pfg. festgesetzt. Die Beerdigungskosten sollen für Personen über 14 Jahren 30 Mk., unter 14 Jahren 15 Mk. betragen. Der Landtag äußert sich zustimmend zu diesem Entwurfe.

Verstärkung des Wegebauunterhaltungsfonds. Berichterst. Abg. von der Schulenburg-Angern begründet kurz die Vorlage und empfiehlt deren Annahme, die wesentlich im Interesse der einzelnen Gemeinden liege. Der Landtag beschließt einstimmig, den Vorschlägen entsprechend, die dauernden Ausgabemittel zur Förderung des Kreis- und Gemeindewegebaues in den beiden Rechnungsjahren 1910 und 1911 von 740 000 Mk. auf 765 000 Mk. zu erhöhen. Der weitergehende Vorschlag, vom Rechnungsjahre 1912 ab den Betrag von 740 000 Mk. auf 840 000 Mk. festzusetzen, wird mit großer Majorität abgelehnt, da sich der Landtag nicht binden lassen wollte.

Der zweite Teil des Antrages: Außerordentliche Mittel im Betrage von 1 Million Mark bereit zu stellen zur Befriedigung der bisher zurückgestellten Anträge auf Bewilligungen von Chausseeprämien und Wegebauunterstützungen wird einstimmig genehmigt. Diese außerordentlichen Mittel sollen im Wege der Anleihe beschafft werden.

Bessere Herstellung von Provinzial-Chausseen. Berichterstatter Abg. von der Schulenburg-Angern. Der Landtag beschließt, die für die Unterhaltung der Provinzial-Chausseen zur Verfügung stehenden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191003152-16/fragment/page=0002

Mittel in den nächsten beiden Rechnungsjahren um jährlich 300 000 Mk. und in den darauf folgenden 13 Rechnungsjahren um jährlich 500 000 Mk. zu erhöhen.

Auf Antrag des Abg. Reinefarth wird den geprüften Rechnungen Entlastung erteilt.

Ueber den Antrag der Rechnungskommission betr. Einführung eines anderen Modus der umfangreichen Rechnungsprüfung berichtet der Abgeordnete v. Münchhausen. Er begründet den Antrag damit, daß es der Kommission nicht möglich war, die Rechnungen so zu prüfen, wie es eigentlich nötig erscheint. Der Landtag bittet daher den Provinzial-Ausschuß, Mittel und Wege zu beraten, wie ein anderer Modus der umfangreichen Rechnungsprüfung zur Einführung gebracht werden könnte.

Abg. Michaelis widerspricht. Das bisherige Prüfungsverfahren reiche vollkommen aus.

Für den Antrag spricht Abg. Schneider. Er hält es für die sachgemäße Prüfung der Rechnungen überaus wichtig, daß hierin eine Form gefunden wird, die alle befriedigt. Ein Vorwurf auf das bisherige Rechnungsverfahren sei in dem Antrage nicht enthalten.

Der Antrag wird mit Mehrheit angenommen.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Der Präsident gibt darauf die übliche Geschäftsübersicht. Zur Beratung standen 79 Vorlagen, die sämtlich in acht Sitzungstagen erledigt wurden.

Oberpräsident Exzellenz von Hegel: Sie stehen am Ende einer umfangreichen Tagung. Mit dem Ergebnis können Sie mit Recht große Genugtuung empfinden. Ihre Beschlüsse sind meist mit großer Uebereinstimmung gefaßt worden, Meinungsverschiedenheiten sind nicht vorhanden gewesen. Alle Beschlüsse legen Zeugnis ab, daß der Landtag in dankenswerter Weise den Vorschlägen zugestimmt hat und diesen weitgehendste Berücksichtigung angedeihen ließ. Sie haben die Provinzialsteuern erhöhen müssen. Allerdings ist die Erhöhung in mäßigen Grenzen geblieben, so daß sie von der Einwohnerschaft leicht aufgebracht werden kann. Sie haben der Einführung des Wanderarbeitsstättengesetzes und der ländlichen Fortbildungsschulen zugestimmt. Beides sind bedeutsame Schritte auf wirtschaftlichen, sozialen und ethischen Gebieten, die hoffentlich reiche Früchte tragen werden und der Provinz zum Segen gereichen möchten. Auch durch die Zustimmung zur Errichtung eines Provinzial-Museums haben Sie Ihr kunsthistorisches Interesse betätigt.

Ich schließe mit dem Wunsche, daß Ihre Arbeiten reiche Blüten zum Segen und Gedeihen unserer lieben Heimatprovinz zeitigen mögen!

In dieser Hoffnung erkläre ich im Allerhöchsten Auftrage den 25. Landtag der Provinz Sachsen für geschlossen.

Der Präsident Abg. Graf von Wartensleben-Rogas dankt dem Oberpräsidenten für die dem Landtage und seinen Beratungen gewidmete rege Teilnahme und für das bewiesene warme Interesse. Am Schluß gedenken wir wieder unseres allverehrten Kaisers und Königs. Möge ihm Gott der Allmächtige in dieser schweren Zeit der Krisen Kraft und Weisheit schenken. Kaiser Wilhelm II., unser allverehrter Landesherr, er lebe hoch, hoch, hoch!

Hiermit war die diesjährige Tagung beendet.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Vom russischen Kaiser. Aus Petersburg wird uns gemeldet: Die Nachrichten auswärtiger Blätter, am 8. März sei der Wagen, in welchem Kaiser Nikolaus fuhr, mit knapper Not der Gefahr eines Zusammenstoßes mit einem elektrischen Straßenbahnwagen entgangen, sowie die daran geknüpften Einzelheiten beruhen auf reinster Erfindung.

Ergänzende Nachrichten aus Rustschuk geben die Zahl der bei den Zusammenstößen Getöteten mit 17 und die der Schwerverwundeten mit 32 an. Auch wurden mehrere Personen leicht verwundet. Vor dem Hause des Divisionsgenerals Dimitriew hat die Volksmenge mit schwarzen Fahnen demonstriert und die Fenster eingeworfen. Die Türkin, bereitwegen die Demonstration entstand, soll mit ihrem Entführer, einem bulgarischen Bankbeamten, nach Rumänien entflohen sein. Der türkische Gesandte in Sofia, Assim Bey, bat den Minister des Aeußern, Paprikow, aufgefordert, zum Schutze der türkischen Bevölkerung Rustschuks Maßnahmen treffen zu lassen. Paprikow versprach, das Nötige zu veranlassen. — Später erfahren wir noch aus Sofia, 14. März: Der Minister des Innern ist nach Rustschuk abgereist. Einer amtlichen Meldung zufolge ist die Ursache des Zusammenstoßes zwischen dem Militär und der Volksmenge darin zu suchen, daß die Menge eine Türkin, die gegen den Willen der Eltern einen Bulgaren geheiratet hatte, aus dem Polizeiamte befreien wollte. Der Pöbel griff das Militär mit Steinwürfen an und schoß auch auf die Soldaten, worauf eine Salve zunächst in die Luft abgegeben und, nachdem General Dimitriew verwundet worden war, auch eine scharfe Salve abgefeuert wurde.

Entsetzliche Brandkatastrophe. In einem Dorfe in der Nähe von Konitz vernichtete am Sonnabend ein Schadenfeuer 17 Häuser. Vier Menschen fanden in den Flammen den Tod. Die Dorfbewohner wollten den Häusler, bei welchem der Brand ausgebrochen war, lynchen und in die Flammen stoßen, da man ihn beschuldigte, daß er den Brand angelegt habe. Die Polizei verhinderte jedoch die Menge an diesem Vorhaben.

Noch großes Unglück verhütet. In den Wirtschaftsräumen des großen Whitelenschen Warenhauses in London kam gestern, Montag, nachmittag Feuer aus, bei dem nur durch die Kaltblütigkeit der Angestellten unabsehbares Unglück vermieden wurde. Das Personal zeigte eine großartige Disziplin. Die Bekämpfung des Feuers durch eine ganze Division der Londoner Feuerwehr mit 25 Dampfspritzen war heldenmütig. 15 Mann mußten infolge von Rauchvergiftung ins Krankenhaus geschafft werden. Nach einstündiger Arbeit hatte man das Feuer bewältigt. Fünf Angestellte der Firma, die an den Löscharbeiten teilnahmen, verloren infolge des Rauchs und der Hitze die Besinnung.

Schwerer Unglücksfall. Während der Elektrotechniker Schmidt in Bunzlau auf einem Leitungsmast beschäftigt war, wurde plötzlich der elektrische Strom eingeschaltet. Seine Kleider fingen Feuer und der Mann verbrannte bei lebendigem Leibe. Der Arbeiter Ihle, der ihm zu Hilfe eilte, erlitt einen lebensgefährlichen elektrischen Schlag.

Hallesche Nachrichten.

Halle a. S., den 15. März.

— Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung die Steigung der Gemeindeabgaben und der Realsteuern um je 4 Prozent, wie sie der Magistrat beantragt hatte. Es werden also 172 Prozent Gemeindeabgaben und je 196 Prozent Realsteuern erhoben. Der Gesamthaushalt für 1910 wurde auf 11 025 800 Mk. festgestellt. — Ueber die Verwendung der 219 931,41 Mk. betragenden Sparkassenüberschüsse aus 1909 wurde beschlossen, 50 000 Mk. dem Ausgleichsfonds zuzuweisen und den Rest für gemeinnützige Zwecke auszugeben. — Der Stadtgemeinde Halle ist das Recht verliehen worden, das zur Ausführung der geplanten Kanalisation an der Saale entlang erforderliche Grundeigentum zu erwerben oder dauernd zu beschränken. Der Magistrat hatte zur Einreichung an die Kgl. Regierung einen Entwurf für die Weiterführung des Hauptsammelkanals von der Klausbrücke, bis wohin er schon gebaut ist, bis zur Ausmündung mit der Kläranlage auf dem Tafelwerder aufgestellt, von dessen Genehmigung die Enteignungsbefugnis abhängig ist. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte diesen Entwurf. — Beschlossen wurde noch der endgültige Ausbau der Turmstraße zwischen Pfännerhöhe und Lindenstraße und die Regulierung und Neupflasterung der Pfännerhöhe zwischen Merseburger- und Thomasiusstraße.

Letzte Telegramme.

Ausstand der Krankenwärter.

Berlin, 15. März. Im neuen Rixdorfer städtischen Krankenhaus trat gestern ein Teil der festangestellten Krankenwärter in den Ausstand. Der Grund ist darin zu suchen, daß den Wärtern, die sich wiederholt Urlaubsüberschreitungen zuschulden kommen ließen, gekündigt worden war.

Der drahtlose Taschentelegraph.

Berlin, 15. März. In der Urania führte gestern der Professor Cerebotani als neueste Erfindung auf dem Gebiete der Elektrotechnik den drahtlosen Taschentelegraphen vor. Der Apparat hat kaum Handgröße. Sein Besitzer kann von einer beliebigen Zentralstelle aus angerufen werden.

Roosevelt.

Charthum, 15. März. Roosevelt traf gestern hier ein. Auch seine Frau und seine Tochter langten am Nachmittag hier an.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

— y. **Deutsche Tiefbohr-Aktiengesellschaft.** In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, einen Dividendenvorschlag erst dann zu machen, wenn die Situation der Kali- und Oelindustrie geklärter erscheine. Das Jahresergebnis ist, wie verlautet gegenüber dem des Vorjahres erheblich günstiger ausgefallen und würde dementsprechend die Verteilung einer günstigeren Dividende (i. V. 20 Proz.) zulassen.

— y. **Königsborn, Aktiengesellschaft für Bergbau, Salinen- und Solbadebetrieb** in Unna. In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 10 Proz. festgesetzt. Ueber die Aufsichten wurde mitgeteilt, daß die Monate Januar und Februar bessere Beschäftigung als die beiden Monate des Vorjahres gebracht hätten.

— y. **Dividendenvorschläge für 1909.** Berthold Messinglinienfabrik und Schnittgieherei wieder 12 %. — Silesia Verein chemischer Fabriken 9 %. — J. Brüning u. Sohn in Langen-Diebach wieder 10 %. — Ges. Braunkohlenwerke Mönchebergin Kassel 8 %. — Norddeutsche Portlandzementfabrik 8 % (i. V. 15 %). — Lengericher Portlandzementwerke 6 % (i. V. 8 %). — Deutsche Eisenbahngesellschaft in Frankfurt a. M. 5½ % (wie im Vorj.).

W. **Wollauktion in London** Montag, 14. März. Tendenz anhaltend fest, Geschäft belebt bei unverändertem Preisstand.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Berlin.** 14. März. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) Weizen per 1000 kg: Märk. 221—222,00 M. ab Bahn. Normalgew. 755 g. Abnahme im Mai 223—224,25 bis 223,50 M., im Juli 223,25—222,75—221,25—222,75 M., im Sept. 212,50—211,00 M. Tendenz: fest. Roggen für 1000 kg inländ. 155,00—155,50 M., märkischer nasser Roggen —,— M. Normalgewicht 712 g. Abnahme im Mai 167,50—166,75 M., im Juni —,— M., im Juli 171,75—170,75 M., im September —,— M. Tendenz: fester. Hafer per 1000 kg. Normalgewicht 450 g. Abnahme im Mai 160,25 M., im Juli —,— M. Tendenz: behauptet. Mais per 1000 kg. Ohne Angabe der Provenienz. Abnahme im Mai —,— M. Tendenz: geschäftslos. Weizenmehl per 100 kg: brutto einschl. Sack: Nr. 00 26,75—30,00 M., feinste Marken über Notiz bezahlt. Tendenz: behauptet. Roggenmehl Nr. 0 und: 19,10—21,10 M. Abnahme im Mai 20,00—20,05—20,00 M., im Juli —,— M., im September —,— M. Tendenz: fester. Rüböl für 100 kg mit Faß: Abnahme im Mai 53,30 M. Br., im Juli —,— M., im Oktober 53,40—53,60—53,30—53,40 M. Tendenz: behauptet.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) Berlin, 14. März. Weizen loko 220,00—222,00 M., Mai —,— bis —— M., Juli —,— M. ab Bahn. Roggen loko 154,50 bis 155,50 M., Mai 167,00—166,75—167,25 M., Juli —,— M. ab Bahn. Gerste, leichte inländische Futtergerste 140,00 bis 145,00 M., schwere do. 146,00—156,00 M., russische und Donau leichte 130—134 M., do. schwere 135—142 M. frei Wagen und ab Bahn. Hafer, märk., mell., pomm., pol., schles. fein 170—178, do. mittel 164—169, do. gering 159—163, russ. u. Donau mittel 152—157 M. frei Wagen und ab Bahn. Mais, amerik. mixed 149—154, rund. 153—156 M. fr. Wagen. Erbsen, inländ. Futtervaare, mittel 162—169 M., russische do. 162—169 M., feine Taubenerbsen 170—182 M., Viktoriaerbsen —,— M., kleine Kocherbsen —,— M. frei Wagen und ab Bahn. Weizenmehl 00 loko 26,75—30,00 M. Roggenmehl 0 u. 1 loko 19,00 bis 21,00 M. Weizenkleie, grobe 11,50—12,50 M., feine 11,50 bis 12,50 M. Roggenkleie 11,50—12,00 M. Bohnen —,— M. Linsen —,— M. Futterlinsen —,— M. Seradella —,— M. Lupinen blau —,— M., gelbe —,— M.

L. **Weltmarkt**, Berlin, 14. März. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen Berlin 755 gr., Mai 223,50, Juli 222,75. Newyork Red Winter Nr. 2 loko —,—, Mai 189,95, Chicago Northern I Spring, Mai 175,10, Juli 164,90. Liverpool Red Winter Nr. 2, Mai 179,90. Paris Lieferungsware März —,—. Budapest Lieferungsware April 230,50. Odessa Ulka 97 5/8 — 3 4/8 Wol. einschl. Bordospesen loko 163,30. Buenos-Aires Durchschnittsqualität bordsrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Mai 166,75, Juli 170,75. Odessa 9 10/16 einschl. Bordospesen loko 120,50. Hafer: Berlin 450 gr. Mai 160,25, Juli 162,50. Mais: Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 122,20. Buenos-Aires Durchschnitts-Qualität bordsrei —,—.

L. **Hamburg**, 14. März. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Ulka 10 Pud 4 % Febr./März 231 M., Azima 10 Pud 5 März/April 230 M., Dxenb. 78/79 kg Febr./März 230 M., Samara 78/79 kg Febr./März 232 M., Durum I April/Mai 229 M., Argent. Barletta Russo 79 kg schwim. 227 M., 78 kg Febr./März 226 M., Rosafe 78 kg schwim. 229 M., Febr./März 228 M., Judisch Karnachi Mai/Juli 228 M., Austral. Jan./Febr. 237 M., Febr./März 236 M. — Roggen: Südrussl. 9 Pud 20/25 gute Häfen schwim. 177 M. — Futtergerste: Südrussl. 60/61 kg schwim. 123 M., März 123 M., April/Mai 122 M. — Hafer: Nordrussl. 50/51 kg März 160 M., März/Mai 161 M. — Mais: La Plata April/Mai 148 M., Mai/Juni 147 M., Mixed schwim. 143 M., März 144 M., April 145 M.

Hopfen.

— **Nürnberg**, 12. März. (Hopfenbericht.) Während der abgelaufenen Woche gelangten infolge etwas regerer Frage 600 Ballen zum Verkauf. Die Preise blieben ziemlich unverändert. Die Zufuhren betrugen 150 Ballen. Die Stimmung war ruhig.

Heutige Preise für: Geringe Markthopfen bis 175 M., mittel do. bis 185 M., prima bis 195 M., Gebirgshopfen bis 200 M., geringe Aischgründer bis —, mittel do. bis —, prima do. bis —, geringe Hallertauer bis 175 M., mittel do. bis 190 M., prima do. bis 205 M., Hallertauer Siegelgut bis 210 M., geringe Elsässer bis —, mittel do. bis —, prima do. bis 205 M., geringe Badische —, mittel do. bis —, prima do. bis —, geringe Württemberger bis —, mittel do. bis 195 M., prima do. bis 215 M., mittel Posener bis 195 M., prima do. bis —, Spalter Land, leichte Lagen bis 200 M., do. schwere Lagen bis 215 M. Auscha, unhaltiert, verzollt bis —, Steyermärker, verzollt bis 200, Galizier, verzollt bis 195 M., Russen, verzollt bis 195 M., Englische, verzollt bis 160 M., Belgische verzollt bis 165 M., 1908er Hopfen bis 80 M., Für Auswahl aus Partien werden einige Mark mehr bezahlt.

Düngemittel.

— **Magdeburg**, 14. März. Dünge- und Futtermittel. (K. F. Lahne.) Chilisalpeter 15 bis 16 % Lieferung Frühjahr 1910 9,10 M., schwefels. Ammoniak 20 % pr. 50 ℔ pr. %, Kalkstickstoff, 18—20 % 53 ℔ pr. %, aufgeschloss. Peruguano 7 + 9 % 7,90 M., Ammoniak-Superphosphat 9 + 9 % 7,20 M., Superphosphat 17—19 % 15 ℔, Kalidüngesalze 20 % 3,10, 30 % 4,75, 40 % 6,70 M für 100 kg nach Sydikatsbedingungen. Baumwollsaatmehl, entspelzt 55-58 % 8,60, Texas 55—58 % —, Erdnußkuchenmehl 52—56 % 7,85 M., Sesamkuchenmehl 50—52 % deutsches 7,50 M., Mohnkuchen 26—30 % 7,85 M., Maisölkuchenmehl 30—36 % 8,00 M., Kokoskuchen, deutsche 30—33 % 8,30 M., Palmkernkuchen, deutsche 23—26 % 6,60 M., Leinsaatkuchen, deutsche 36—40 % — M., Rapskuchen, deutsche 40—43 % 6,00 M., Mohnkuchen, deutsche 42—45 % 6,75 M., Reisfuttermehl aus deutscher Schälmühle 24—28 % 5,45 M., Hülse Biertreber 26—30 % —,— M., Knochen-Präzipitat (Kunterkalk) feinste Ware mit 40 % 10,00 M. Liebigs Fleischfuttermehl ca. 90 % 12,50 M. Parität frei ab Magdeburg bei 200 Ztr.-Ladungen.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg**, 14. März. Prima Kartoffelmehl und -Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 21,00—21,50 Mk. Tendenz: fest.

— **Berlin**, 14. März. Kartoffelstärke 20,75—21,25 M., Kartoffelmehl 20,75—21,25 Mk., feuchte Stärke 10,50 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 14. März. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 85,50—86,50 M., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 95,50—96,50 Mk. per loko und März, Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 85,75—86,75 Mk. Branntw. in 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 95,75—96,75 Mk. per März-September-Lieferung und Bezugsrechte frei Bremen, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 14. März. Spiritus fest, März 21¾ G., März-April 21¾ G., April-Mai 21¾ G.

— **Paris**, 14. März. Spiritus ruhig, März 50,00, April 50,50, Mai-August 51,50, September-Dezember 45,25.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 14. März. Rüböl loko 59,00, Mai 58,50.

— **Hamburg**, 14. März. Rüböl ruhig, loko verzollt 56,00.

— **Amsterdam**, 14. März. Leinöl fest, loko 37, April 36½, Mai-August 36¼, September-Dezember 35⅝.

— **Paris**, 14. März. Rüböl behauptet, März 59,25, April 59,50, Mai-August 60,00, September-Dezember 60,50.

— **Pest**, 14. März. Kohlraps träge, August 13,50.

Zucker.

W. **Hamburg**, 14. März. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo, per März 14,45, per April 14,45, per Mai 14,52½, per August 14,62½, per Oktober-Dezember 11,60, per Januar-Dezember 11 67½. Tendenz: behauptet.

W. **London**, 14. März. Rüben-Rohzucker 88 % März, 14 sh. 5¼ d. Wert, stetig, Java-Zucker 96 % prompt 15 sh. 1½ d. Wert, fertig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 14. März. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 36¼ G., Mai 37 G., September 37 G., Dezember 37 G. Tendenz: ruhig.

— **Amsterdam**, 14. März. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 42¾.

— **Havre**, 14. März. Kaffee. Good average Santos März 48,25, Mai 48,00, September 47,25, Dezember 47,00. Tendenz: schwach behauptet.

W. **Rio de Janeiro**, 12. März. Kaffee. Zufuhren 9000 Sack in Rio, 3000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 14. März. Baumwolle, ruhig, Upland middling loko 75¼ Pfg.

— **Antwerpen**, 14. März. Wolle. La Plata-Kammzug Type 3. März 6,00 Käufer, Januar 5,65 Käufer. Tendenz: Ruhig.

— **Liverpool**, 14. März. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export — — Ballen. Tendenz: Stetig. Amerikanische middling Lieferungen: Ruhig. Per März 7,82, per März-April 7,79, per April-Mai 7,76, per Mai-Juni 7,73, per Juni-Juli 7,67, per Juli-August 7,61, per Aug.-Sept. 7,32, per Sept.-Okt. 6,90, per Okt.-Nov. 6,70, per Nov.-Dez. 6,60.

Petroleum.

— **Hamburg**, 14. März. Petroleum fustlos, Amerik. spez. Gewicht 0,800 6,30.

Metalle.

— **Amsterdam**, 14. März. Banczinn flau, loko 88.

— **London**, 14 März. Blei, span., 12¼ Lstrl., engl. 13⅝ Lstrl., Zink 144 Lstrl., Zink 23 Lstrl., Chili-Kupfer 59⅛ Lstrl., 3 Monate 60 1/16 Lstrl.

— **Glasgow**, 14. März. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. **Middlesborough Warrants** III 51 sh. 6 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig**, 14. März. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 611 Rinder, und zwar 249 Ochsen, 29 Kalben, 192 Kühe, 141 Bullen, 498 Kälber, 595 Stück Schafvieh, 2490 Schweine, und zwar 2400 deutsche; zus. 4104 Tiere. Preise: Ochsen: I. 81, II. 74, III. 64, IV. 54 M für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. 77, II. 70, III. 61, IV. 51, V. 40 M für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 71, II. 65, III. 60 M für 50 kg Schlachtgew. Kälber: I. 60, II. 56, III. 44, IV. — M für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 41, II. 38, III. 32 M für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 69, II. 66, III. 62, IV. 62 M für 50 kg Schlachtgew. Verkauf: 579 Rinder, und zwar: 226 Ochsen, 28 Kalben 186 Kühe, 130 Bullen; 491 Kälber, 484 Schafe, 2338 Schweine. Geschäftsgang: Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen, Schafe langsam, Kälber gut, Schweine mittelmäßig.

B. Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 14. März. Roter Winter-Weizen loko —,—, per Mai 124 1/8, per Juli 116 3/8, per Sept. 112 7/8, per Dez. —,—, Mais per Mai 74 5/8, per Juli 75 1/2, per Sept. —.—. Mehl 4,40. Getreidefracht nach Liverpool 1¼.

W. **Chicago**, 14. März. Weizen per Mai 114 1/8, per Juli 108, Mais per Mai 65 1/4.

W. **New-York**, 14. März. Petroleum Standard white in New-York 7,90, do. in Philadelphia 7,90, do. in Refined Cases 10,30, do. Credit Balances at Oil City 140.

W. **New-York**, 14. März. Schmalz Westernsteam 14,70, Rohe und Brothers 14,95.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Schmidkunz für Handel, Allgemeines, Börsen-, Handelsteil: Max Sperling; für Provinzielles Heinrich Nieschner; Schlußredaktion A. Barwecke. Druck u. Verlag in Halle a. S.

Bankhaus Paul Schauseil & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg. An- und Verkauf von Wertpapieren, Einlösung von Coupons, Verzinsung von Geldeinlagen, Conto-Corrent- u. Wechsel-Verkehr etc.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191003152-16/fragment/page=0003

Berliner Börse, 14. März 1910

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeuten: 1. Jan. | 1. Apr. | 1. Mai | 1. Juli | 1. Aug. | 1. Sept. | 1. Okt. | 1. Nov. | 1. Dez. | 1. Jan. | 1. Jan. | 1. Jan